



Glyphosat schützt Profite statt Verbraucher

Im Wortlaut von Karin Binder, 14. April 2016

Von Karin Binder, ernährungs- und verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion

Pflanzenschutzmittel sollen Pflanzen vor dem Befall von Schädlingen und „Unkraut“ schützen. Gerade in der industriellen Landwirtschaft, die Nahrungsmittel auf riesigen Agrarflächen zu möglichst niedrigen Preisen produzieren will, ist das Versprühen von Chemie längst unverzichtbar. Sie soll ein Garant für sichere Erträge und bezahlbare Lebensmittel sein. Doch ob die Pestizide auch die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt schützen, darf stark bezweifelt werden.

Das Lieblingsmittel der Agrarwirtschaft heißt Glyphosat. Der Rundum-Alles-Vernichter wurde unter dem praktischen Markennamen „Roundup“ des amerikanischen Chemiekonzerns Monsanto bekannt. Es ist der weltweit beliebteste Unkraut-Vernichter und galt lange als unbedenklich. Verbraucherschützer und Gesundheitsexperten hatten daran schon lange Zweifel. Nun haben Untersuchungen der

Weltgesundheitsorganisation WHO gezeigt, dass Glyphosat wahrscheinlich krebserregend ist. Daneben wird das Totalherbizid mit Hormonstörungen und Nierenschädigungen sowie Störungen des Immunsystems in Verbindung gebracht. Dem Glyphosat kann man sich kaum entziehen, da es flächendeckend benutzt wird. So wurde auch bei Stadtbewohnern das Herbizid im Urin nachgewiesen.

Dass Schadstoffe, die einmal in die Nahrungskette eingebracht wurden, letztendlich auch auf unserem Teller landen ist keine neue Erkenntnis. Doch dieses Ausmaß der Gesundheitsschädlichkeit hat auch viele Expertinnen und Experten überrascht. Das hielt das EU-Parlament bei einer Abstimmung am 13. April 2016 aber nicht davon ab, die Chemiekeule erneut für die Verwendung in der Landwirtschaft zuzulassen. Nach jahrelangem Streit über die Verwendungsfähigkeit des gesundheitsgefährdenden Stoffs ist Brüssel unter dem massiven Druck der Agrarlobbyisten eingeknickt. Damit stellt die EU den Schutz der Profite in der Agrarindustrie vor den Gesundheitsschutz der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Eine Schlüsselrolle spielte dabei die Bundesregierung. Für die Bewertung der erneuten Zulassung von Glyphosat in Europa war das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zuständig, das Bundesminister Christian Schmidt (CSU) untersteht. Dabei wurden wichtige kritische Studien außer Acht gelassen. Auffällig unbedenkliche Studien, die von Herstellern wie Monsanto vorgelegt wurden, flossen hingegen in die Bewertung ein. Für DIE LINKE steht fest: Ohne die Klärung der gesundheitlichen Risiken ist eine weitere Verwendung von Glyphosat nicht verantwortbar.

linksfraktion.de, 14. April 2016

